

P-1-B Neue Perspektiven gegen alte Krisen

Gremium: 2. Länderrat 2020
Beschlussdatum: 26.07.2020
Tagesordnungspunkt: P - Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wir leben in einer krisenhaften Gesellschaft. Die letzten Wochen und Monate
2 haben uns mehr als deutlich vor Augen geführt, was das bedeutet. Dabei hat
3 Covid-19 ans Tageslicht gebracht, welche Konsequenzen die Versäumnisse der
4 letzten Jahre haben. Die Verbreitung von Corona war dabei nicht die Ursache,
5 sondern Katalysator der Krisen und Symptom der Verfassung unserer Gesellschaft
6 zugleich. Die Gleichzeitigkeit der gegenwärtigen Krisen stellt uns vor komplexe
7 Herausforderungen. Stärker als bisher ist nun offensichtlich geworden, dass wir
8 es uns nicht leisten können, die Probleme, die unzählige Leben jetziger und
9 zukünftiger Generationen bedrohen, aufzuschieben und uns mit kurzfristigen
10 Schönheitsreparaturen zufrieden zu geben. Die Gesundheitskrise gefährdet nicht
11 nur die medizinische Versorgung ganzer Gesellschaften, sondern offenbart auch
12 die unbeständige Solidarität zwischen Nationen, für die wir weltweit wie in
13 der Europäischen Union hart gekämpft haben. Die Wirtschaftskrise, unter deren
14 Vorzeichen schon jetzt unzählige Existenzen bedroht sind, droht unsere
15 Gesellschaft weiter und tiefer zu spalten als je zuvor. Der tief in unserer
16 Gesellschaft verankerte Rassismus wirkt als Verstärker bestehender und Erzeuger
17 neuer Ungleichheitsmechanismen.

18 Dass wir nun mit diesen Krisen umgehen müssen, sollte niemanden überraschen.
19 Sie zeigen keine neuen Probleme. Sie sind der Ausdruck einer krisenhaft
20 angelegten Gesellschaft, deren Mechanismen sich in existenzbedrohender
21 Ungerechtigkeit zeigen und in unzulänglichen (Ab)Sicherungssystemen
22 manifestieren.

23 Diese Krisen sind im System angelegt. Krisen sind längst keine kurzfristigen
24 Ereignisse mehr, die sich mit einzelnen Maßnahmen lösen lassen. Sie sind zum
25 traurigen Normalzustand geworden, über den zu häufig hinweggesehen wird. Doch
26 das muss nicht so bleiben. Um diese Krisen wirklich anzugehen und eine bessere
27 Welt zu erkämpfen, müssen unsere Lösungen an der Wurzel ansetzen:
28 Systembedingte Probleme brauchen systemverändernde Lösungen!

29 Wir sehen auch unzählige Menschen, die das erkannt haben. Aktivist*innen
30 verschiedener Bewegungen schließen sich zusammen und organisieren sich im Kampf
31 für Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft. Gemeinsam stehen wir für
32 solidarische Wege aus der Krise, die dort ansetzen, wo es notwendig ist. Wir
33 schaffen neue Perspektiven gegen alte Krisen!

34 **Fight Every Crisis: Klima in der Krise**

35 Starke Momente der Organisierung von Aktivist*innen haben wir in den letzten
36 Jahren im Kampf gegen die Klimakrise erlebt. Ganze Gesellschaften sind weltweit
37 auf die Straße gegangen um globale Klimagerechtigkeit und das Recht auf Zukunft
38 einzufordern. Neben Überschwemmungen, Hitzesommern und Dürreperioden als
39 direkte Konsequenzen erhöhter Durchschnittstemperaturen steigt auch das
40 Auftreten von Infektionskrankheiten durch gestörte Ökosysteme mit geringer
41 Biodiversität: Covid-19 hat erneut gezeigt, welche Auswirkungen der Raubbau an
42 der Natur für uns haben kann. Um hier entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen Hand
43 in Hand gehen: Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Landwirtschaft,
44 das die Produktion guter Nahrung unter guten Bedingungen im Rahmen planetarer
45 Grenzen sicherstellt. Ökosysteme brauchen Platz! Das Eindämmen des
46 Flächenverbrauchs, der konsequente Kampf gegen vor Umweltverschmutzung und der
47 strenge Schutz von großen und zusammenhängenden Naturschutzgebieten stellt das
48 sicher.

49 Effektiver und konsequenter Natur- und Artenschutz ist unsere Existenzbedingung
50 und muss auch als solche behandelt werden.

51 Um der Klimakrise wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, fordern wir seit Langem
52 weltweit das effektive und gezielte Handeln der Regierungen ein. Covid-19 hat
53 gezeigt, dass dies nicht unmöglich ist. Gemeinsam mit Virolog*innen,
54 Gesundheitsexpert*innen, den Bundesländern und der Opposition wurden nationale
55 Maßnahmen und Krisenpläne binnen einer Woche aufgestellt und verabschiedet.
56 Sogar die Schwarze Null wurde über Bord geworfen, um die Konsequenzen der
57 Pandemie einzudämmen. Auch die Klimakrise muss als politische Krise ernst
58 genommen und als solche behandelt werden. Das Eindämmen der Klimakrise erfordert
59 noch tiefgreifendere Veränderungen – doch sie trifft uns auch weniger
60 unerwartet. Sie zu bewältigen erfordert ein hohes Maß an demokratischer
61 Teilhabe: Demokratie bedeutet, dass Menschen über die sie betreffenden Umstände
62 selbst mitentscheiden können. Eine klimaneutrale Gesellschaft kann nicht einfach
63 von oben verordnet werden. Sie zu erreichen, ist ein komplexer
64 Aushandlungsprozess, in dem zentrale und dezentrale Initiativen Hand in Hand
65 gehen müssen. Wir brauchen partizipative Räume, wie bspw. Bevölkerungsräte, um
66 staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zusammen zu bringen.

67 Die Krisen unserer Zeit hängen zusammen: Ihre strukturellen Ursachen gleichen
68 sich. Sie müssen gemeinsam und konsequent bekämpft werden. Der Weg aus der
69 Krise kann nur durch systematische Lösungen gelingen.

70 **Klatschen zahlt keine Miete: Gesundheit in der** 71 **Krise!**

72 Covid-19 hat unsere Gesundheitssysteme weltweit auf den Prüfstand gestellt. Wir
73 konnten deutlich sehen, dass sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Dabei
74 haben wir beobachtet, wie die von der europäischen Austeritätspolitik
75 gebeutelten Gesundheitssysteme in Südeuropa besonders hart getroffen wurden.
76 Die Folgen sind verheerend und zeigen uns unmissverständlich, dass die
77 Ökonomisierung von Gesundheitssystemen tödlich ist. Doch auch in Deutschland
78 wurde das Gesundheitssystem systematisch kaputtgespart. Die Umsetzung von
79 Profitlogiken im Gesundheitsbereich zeigt sich auch hier im Abbau von Betten und
80 der seit Jahren anhaltenden Pflegekrise. Die Bedürfnisse von Patient*innen und
81 Pfleger*innen sind weit in den Hintergrund gerückt. Die Corona-Pandemie hat

82 jedoch verschärft gezeigt, wie wichtig sie sind, wenn wir besonders auf eine
83 funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen sind.

84 Die Wertschätzung der Arbeit von Pfleger*innen wurde vor allem durch abendlichen
85 Applaus sichtbar. Der angekündigte Pflegebonus sollte sie – zumindest einmalig –
86 auch auf dem Lohnzettel abbilden. Dass dieser nun ausschließlich einer kleinen
87 Gruppe der Beschäftigten zu Gute kommen soll, ist weder angesichts der hohen
88 alltäglichen Arbeitsbelastung, noch als Ausdruck der Wertschätzung im Rahmen der
89 Krise angemessen. Ein flächendeckender Bonus von 1.500 € für alle
90 gesellschaftsrelevanten Berufe wäre ein erster guter Schritt zu angemessener
91 Wertschätzung und Bezahlung. Doch es geht um mehr als einmalige Boni: Um unser
92 Gesundheitssystem zu sichern, müssen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege
93 endlich verbessern und endlich ein fairer Tariflohn für die Pflege her!

94 Die Gesundheitsversorgung hat die bestmögliche Versorgung von Patient*innen zum
95 Zweck. Ein Vergütungssystem, das sich nach Fallpauschalen richtet, zwingt aber
96 zur Orientierung am Erlös statt an der Patientin. Für eine gute
97 Gesundheitsversorgung muss sich die Finanzierung nach dem Bedarf richten, nicht
98 nach der Zahl der Fälle.

99 Gesundheit ist keine Ware und die Gesundheitsversorgung von Menschen darf nicht
100 als solche behandelt werden. Unsere Gesundheit ist mehr wert als die Profite
101 einzelner!

102
103 Die Pandemie hat einen weiteres Konfliktfeld in den Mittelpunkt gerückt:
104 Öffentlicher Raum muss neu aufgeteilt werden. Mehr Platz für nachhaltige
105 Mobilität, Außengastronomie und öffentlichen Raum für Begegnung und Freizeit
106 schützt die Gesundheit nicht nur in der Corona-Krise: Wenn Autos ersetzt und
107 Luft- und Lärmverschmutzung reduziert werden, steigt die Lebensqualität auch
108 nach der Krise dauerhaft. Die aufgrund der Pandemie nötigen Veränderungen müssen
109 jetzt genutzt werden, um auch langfristig den öffentlichen Raum in den Städten
110 gerecht zu verteilen!

111 Durch die globale Bedrohung ist allerdings auch noch eine weitere Wahrheit
112 deutlich geworden. Nicht nur unsere Gesundheitsversorgung, auch die Solidarität
113 zwischen Ländern weltweit und in der Europäischen Union steht auf wackeligen
114 Füßen: Die Gesundheitskrise ist auch zur Solidaritätskrise geworden. Die erste
115 Antwort der europäischen Nationalstaaten waren Grenzsicherungen und
116 Exportstopps für überlebenswichtige Güter. Doch eine globale Krise lässt sich
117 nicht mit Nationalismus lösen! Was wir brauchen, sind gemeinschaftliche
118 Lösungen, von denen alle profitieren. Im global angelegten Wettstreit um
119 Wachstumsraten und Exportrekorde ist Solidarität nicht angelegt. An diesen
120 Grundsätzen müssen wir rütteln, wenn wir gemeinsam erzeugte und erlebte Krisen
121 nicht auf dem Rücken Schwächerer austragen wollen. Bedingungslose Finanzhilfen
122 und die koordinierte Produktion und Verteilung von medizinischer Ausrüstung und
123 Medikamenten öffnen Perspektiven für eine andere Form globaler Kooperation.
124 Weltweite Solidarität muss der Wegweiser für eine universale Krisenbekämpfung
125 sein!

126 **Ein Rettungsschirm für die Menschen:**
127 **Wirtschaftskrise auffangen!**

128 Das Konjunkturpaket der Bundesregierung soll die Wirtschaft aus der Krise
129 bringen. Doch die 130 Milliarden Euro versprechen für die meisten hier lebenden
130 Menschen keine ausreichende Verbesserung und Absicherung. Denn die
131 Wirtschaftskrise trifft nicht alle gleich: Die finanzielle Last tragen zur Zeit
132 vor allem die, die auch schon vor der Krise mit Existenznot gelebt haben.
133 Während Manager*innen noch immer hohe Summen einstreichen, leben etliche
134 Beschäftigte in Kurzarbeit mit Gehältern, die kaum zum Leben reichen. Die
135 Refinanzierung dieser Hilfen über Steuergelder und öffentliche Einnahmen trifft
136 wiederum Geringverdiener*innen am Stärksten. Wir brauchen ein progressives
137 Refinanzierungsmodell und eine klare Zweckbestimmung der Gelder – nur so können
138 sie uns aus der Krise helfen!

139 Schon die ersten Wochen nach den Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben
140 uns gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen: Die Arbeitslosigkeitsraten
141 steigen, tausende Beschäftigte sind in Kurzarbeit und können von diesem Lohn nur
142 mühsam leben. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse erleben während der
143 Krise einen traurigen Aufschwung. Investitionen in die Rettung von Unternehmen
144 sind wichtig, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten und so zahlreiche
145 Existenzen zu sichern. Dabei müssen wir dennoch vor allem diejenigen
146 berücksichtigen, die schon zu oft durch das Raster gefallen sind. Eine sofortige
147 Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 200 € und eine allgemeine Krisengrundsicherung
148 schützen Existenzen vor der gestiegenen finanziellen Belastung und Unsicherheit.

149 Auch junge Menschen und ihre Zukunftspläne sind stark von der Wirtschaftskrise
150 getroffen. Sie wissen nicht, wie es in Ihren Betrieben weiter geht oder wie sie
151 ihren Lebensunterhalt ohne Nebenjob finanzieren sollen. Das Lernen in der
152 Ausbildung oder an der Universität sollte hier im Fokus stehen. Kurzarbeit und
153 Existenzängste sind dabei nur hinderlich. Hier sind unbürokratische Lösungen
154 notwendig: Die Öffnung der BAföG-Förderung und die Erhöhung der BAföG Sätze für
155 Student*innen sowie die direkte Unterstützung Auszubildender sind längst
156 überfällig.

157
158 Die entstehende Kluft zwischen geringerem Einkommen und gleichbleibender hoher
159 Miete führt bei vielen dazu, dass bereits in jungem Alter Schulden aufgenommen
160 werden müssen. Nach Auslaufen des Mietmoratoriums und des Kündigungsverbots ist
161 politisches Handeln umso dringender. Als direkte Maßnahme braucht es eine
162 Verlängerung des Mietmoratoriums, einen Erlass von coronabedingten Mietschulden
163 und eine Anpassung der Mietpauschalen in BaföG und Grundsicherung. Für uns ist
164 klar: Wohnen ist ein Menschenrecht! Jedem Menschen steht das Recht auf ein Dach
165 über dem Kopf zu – unabhängig vom Geldbeutel. Um dieses Recht gewährleisten zu
166 können, darf Wohnraum nicht der Profitmaximierung ausgesetzt sein, muss der
167 Wohnungsbau in die öffentliche Hand gebracht werden und dem Gemeinwohl
168 verpflichtet werden.

169 Die Krise zeigt uns jedoch auch, dass eine Existenzsicherung nicht an Lohnarbeit
170 geknüpft sein darf und Investitionen vor allem auch in belastbare und
171 verlässliche Sicherungssysteme getätigt werden müssen.

172 Wir müssen diese Krise gemeinsam meistern und dabei gleichzeitig bestehende
173 Einkommens- und Vermögensungleichheiten abbauen. Ihre Bewältigung darf nicht
174 auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die im bestehenden System durch
175 neoliberale Marktmechanismen in die Armut gedrängt werden. Was wir jetzt
176 brauchen, sind Investitionsmaßnahmen, die uns als Gesellschaft näher zusammen
177 bringen und nicht die Konfliktlinien zwischen Generationen oder marginalisierten

178 Gesellschaftsgruppen aufreißen.

179 Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung werden diesem Anspruch nicht
180 gerecht. Es fehlt an progressiven Umverteilungsmechanismen, die der sozialen
181 Spaltung unserer Gesellschaft auch langfristig entgegenwirken können. Wir
182 brauchen endlich eine Grundsicherung, die den Menschen in seiner Würde und
183 seinen Möglichkeiten nicht einschränkt – sanktionslos und mit genügend
184 Absicherung für soziale Teilhabe. Investitionspakete müssen an diesem Anspruch
185 gemessen werden. Nur der sozial-ökologische Umbau unserer Wirtschaft kann uns
186 aus der Krise führen!

187 **Gesellschaft in der Krise: Solidarität,**
188 **Zusammenhalt und Antirassismus**

189 Krisen befeuern die gesellschaftliche Spaltung mit populistischen Erzählungen.
190 Dies zeigt sich beispielsweise in den selbsternannten „Hygiene“-Demonstrationen,
191 die besonders stark von antisemitischen Ideologien und Verschwörungsmythen
192 geprägt sind. Statt einer sachlichen Auseinandersetzung über sinnvolle und
193 effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden hier vermeintliche
194 Schuldige ausgemacht und jahrhundertalte Mythen wieder belebt. Insbesondere
195 Akteur*innen der Neuen Rechten versuchen aus diesem Demonstrationen politisches
196 Kapital zu schlagen. Doch die Sicherheitsbehörden zeigen derzeit in einigen
197 Fällen ein ausgeprägtes Nicht-Handeln. Attila Hildmann beispielsweise konnte auf
198 offener Bühne Morddrohungen gegen Volker Beck aussprechen, ohne dass die Polizei
199 eingeschritten wäre. Durch dieses Wegschauen wird die extreme Rechte in ihrem
200 Handeln bestärkt statt in die Schranken gewiesen! Wir stellen uns daher
201 entschlossen gegen diese Akteur*innen und fordern konsequentes Handeln gegen
202 rechte Strukturen ein. Menschenfeindliche Ideologien können niemals den Weg aus
203 der Krise weisen! Ein Effekt jeder Krise ist die gesellschaftliche
204 Verunsicherung. Damit diese Verunsicherung Hass, Diskriminierung und
205 Ausschließung nicht noch weiter verstärkt, brauchen wir eine effektive Sicherung
206 von Existenzen, transparente Entscheidungsfindung und die Weitergabe von
207 Informationen auf Augenhöhe.

208 In der Krise zeigen sich Symptome des seit Jahren voranschreitenden autoritären
209 Umbaus in Europa und weltweit. Wir sind uns bewusst, dass Krisenzeiten diese
210 Entwicklungen begünstigen können. Daher muss unsere Antwort auf die Krise immer
211 von Solidarität geleitet sein. In aller Deutlichkeit solidarisieren wir uns als
212 Grüne Jugend mit der Black Lives Matter-Bewegung und den weltweit stattfindenden
213 Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. Der Mord an George Floyd hat eine
214 dringend notwendige Debatte über strukturellen und institutionalisierten
215 Rassismus ausgelöst – weit über die USA hinaus. Diese tief verankerten Rassismen
216 müssen wir auch in Deutschland mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

217 Da derzeit aufgrund der Infektionsgefahr viele Bars und Clubs geschlossen sind,
218 treffen sich junge Menschen vermehrt im öffentlichen Raum. Dort werden sie
219 jedoch, auch abseits von Verstößen gegen die Hygieneregeln, zuletzt immer
220 häufiger von Polizei und Ordnungsämtern verdrängt. Junge Menschen brauchen Räume
221 in der Öffentlichkeit. Die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum trifft häufig
222 besonders die Menschen, die durch Konsumzwang oder rassistische Zuschreibungen
223 ausgeschlossen werden. Menschen brauchen Freiräume; in einer Zeit, in der ein
224 Treffen draußen viel sicherer ist, gilt das erst recht! Wir sprechen uns

225 deswegen gegen die Verdrängung junger Menschen aus dem öffentlichen Raum aus.
226 Darüber hinaus gab es in den letzten Wochen beim Auftreten von Kriminalität und
227 Verstößen gegen Hygienemaßnahmen immer wieder den Versuch, diese zu ethnisieren
228 und der migrantischen Community eine allgemein größere Neigung zu Kriminalität
229 zuzuschreiben. Die Grüne Jugend verurteilt diese rassistischen Zuschreibungen
230 und fordert alle Sicherheitsbehörden auf, solche Handlungen zu unterlassen.

231 Die Debatte in Deutschland und Europa darf nicht mit warmen Worten enden,
232 sondern muss in tiefgreifenden Veränderungen münden. Insbesondere in der
233 gegenwärtigen Asylpolitik, unzulänglichen sozialpolitischen Maßnahmen und den
234 Sicherheitsbehörden wird der strukturelle und institutionalisierte Rassismus
235 deutlich. Statt reflexartig die deutsche Polizei von Rassismus frei zu sprechen,
236 brauchen wir eine ehrliche und umfassende Analyse über herrschende rassistische
237 Strukturen und Praktiken. Die Skandale der letzten Monate in deutschen
238 Sicherheitsbehörden wie das rechtsextreme Netzwerk Hannibal, der NSU 2.0 und die
239 zahlreichen Opfer deutscher Polizeigewalt machen dies nur allzu deutlich.

240 Die gesellschaftliche Debatte über Ausgrenzung und Rassismus muss sich in allen
241 staatlichen Institutionen und dem Sicherheitsapparat manifestieren. Eine
242 umfassende Reform der Polizei beinhaltet unter Anderem die anonyme
243 Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten, externe Ermittlungs- und
244 Beschwerdestellen durch unabhängige Polizeibeauftragte sowie die
245 Entmilitarisierung und rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen. Nur durch
246 eine neue Fehlerkultur und die vertiefte Ausbildung zu Deeskalationsstrategien
247 und Antirassismus kann der gefährliche Korpsgeist der Polizei gebrochen werden.

248 Als Ideologie der Ungleichheit legitimiert Rassismus auch soziale Unterschiede
249 in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir das Problem an der Wurzel packen:
250 Historisch erzeugte soziale und finanzielle Benachteiligungen müssen abgebaut
251 und ausgeglichen werden. Eine mutige Sozialpolitik, die Vielfalt und Teilhabe
252 fördert, ist unerlässlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Sie
253 muss Baustein einer antirassistischen Politik sein.

254 Seite an Seite kämpfen wir gegen rassistische Strukturen und rassistisches
255 Gedankengut. Dieser Kampf muss ernst genommen werden. Nur durch konsequentes und
256 ehrliches Handeln können wir den Rassismus überwinden. Was wir brauchen, sind
257 Lösungen, die Sicherheit, soziale und demokratische Teilhabe für alle
258 garantieren und in die alle gleichermaßen vertrauen können!

259 **Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

260 Die Wege aus der Krise müssen zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und
261 Würde für alle Menschen führen. An diesem Ziel müssen sich auch die
262 Maßnahmen der Krisenbekämpfung orientieren.

263 Die öffentliche Debatte über die strukturellen Ursachen der Krisen wird noch
264 zu wenig geführt. Dennoch sind ihre Anfänge eine Chance, um echte
265 Veränderungen auf den Weg zu bringen. Dieses Handlungsfenster müssen wir
266 nutzen, wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen wollen. Resilienz und
267 Solidarität müssen dabei die Wegweiser für eine effektive Krisenpolitik sein.

268 Wir stellen uns gemeinsam den komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Als
269 Organisation und Teil einer weltweiten Bewegung für tiefgreifende
270 Veränderungen bringen wir die Kämpfe zusammen, die zusammen gehören. Es wird
271 Zeit für neue Lösungen!